

Datum: 25. März 2013

Weitere Unterstützung für Resolution gegen Flugverkehr

Uwe Hentschel

Nachdem sich bereits elf Ortsvorsteher aus Bitburg-Land sowie alle Fraktionen des Verbandsgemeinderats der Resolution gegen weiteren Flugverkehr in Bitburg angeschlossen haben, hofft Bürgermeister Josef Junk nun auf die Zustimmung weiterer Ortsgemeinden. Auch der Stadtteil Masholder überlegt, ob er sich genau wie Mötsch der Resolution anschließt.

Derzeit ist es noch relativ ruhig im Luftraum über der Landebahn. Das kann am Wetter liegen, vielleicht aber hat es auch taktische Gründe. Denn die Resolution, die dem Kreistag vergangene Woche vorgelegt wurde, macht deutlich, dass die Kleinflugzeuge, die vor allem an schönen Wochenendtagen den Bitburger Flugplatz ansteuern, am unteren Ende des Luftraums nicht gern gesehen sind. Wobei es nicht der Anblick ist, der als störend empfunden wird, sondern der Lärm der Motoren.

„Jeglicher Flugbetrieb soll eingestellt werden!“, heißt es in der Resolution, in der zudem gefordert wird, dass die Gesellschaftsanteile der Flugplatz Bitburg GmbH nicht an Unternehmen und Private veräußert werden, „die das Ziel haben, den Flugverkehr weiterzuführen“. Nachdem die nun mehr 15-jährige Bemühung zur Entwicklung eines zivilen Flughafens weder zur Schaffung von Arbeitsplätzen, noch zur Ansiedlung flugaffiner Gewerbebetriebe geführt habe, sei man nicht bereit „ausschließlich zu Hobbyzwecken“ eine weitere Lärmbelästigung hinzunehmen.

Neben den vier Fraktionen des Verbandsgemeinderats Bitburg-Land haben sich auch die elf Ortsbürgermeister der Gemeinden Dudeldorf, Esslingen, Gondorf, Hüttingen an der Kyll, Ingendorf, Messerich, Nattenheim, Niederstedem, Oberstedem, Röhl und Scharfbillig der Resolution angeschlossen, die VG-Bürgermeister Josef Junk beim Kreis eingereicht hat. „Auch ich unterstütze die Resolution“, sagt Junk. „Ob das allerdings rechtlich auch so durchsetzbar ist, wird sich zeigen“, fügt er hinzu (siehe Extra). Die Verwaltung habe jedenfalls zwischenzeitlich alle Gemeinden angeschrieben, damit diese in ihren Gremien über eine Unterstützung der Resolution beraten können.

Für Leo Maus, der als Ortsbürgermeister der Gemeinde Hüttingen die Resolution mitträgt, steht ganz klar fest, dass nach dem Ende des großen Traums von der noch größeren Fliegerei auch mit den kleinen Fliegern Schluss sein muss. „Wir sind nach wie vor gegen eine fliegerische Nutzung“, sagt Maus und verweist auf einen diesbezüglichen Beschluss der Gemeinde, der bereits vor vielen Jahren gefasst worden sei.

Kein erbitterter Gegner, aber auch kein absoluter Befürworter der Fliegerei war bislang Josef Klein. Als Ortsvorsteher in Mötsch ist er derzeit der einzige Vertreter aus Bitburg, der die Resolution unterstützt. „Ich habe mich die vergangenen Jahre sehr intensiv informiert, habe viele Veranstaltungen besucht, um mir ein Bild von der Sache zu machen“, sagt Klein. Bei einer wirtschaftlichen Perspektive, wie sie ursprünglich versprochen worden sei, „hätte ich mein Veto nicht eingelegt“, erklärt der Ortsvorsteher. Doch von den „lauten Knatterbüchsen“, die an den Wochenenden über Mötsch ihre Runden drehten, sei er schon von Anfang an genervt gewesen. Und er sei davon überzeugt, dass es den meisten Mötschern ähnlich geht.

Das gilt offensichtlich auch für Menschen aus Masholder, wie beispielsweise Alfons Kewes, Mitglied des dortigen Ortsbeirats. „Ich sage es so offen, wie ich es fühle: Einfach unmöglich!“, hatte Kewes vor einigen Wochen im Rahmen einer Ortsbeiratssitzung seinem Ärger Luft gemacht und damit auf den möglichen Verkauf von öffentlichen Flugplatz-GmbH-Anteilen an private Investoren reagiert. Im Rahmen dieser Sitzung wurde auch ein neuer Ortsvorsteher gewählt. Und zwar Thomas Kröffges, zu dessen ersten Amtsaufgaben nun auch die Unterstützung der Resolution gehören könnte.

„Wir werden uns in den nächsten Tagen zusammensetzen und darüber beraten, wie wir vorgehen“, sagt Kröffges. Genau wie sein Kollege Klein hat auch Kröffges in diesen Tagen eine Einladung von der Stadtverwaltung

bekommen hat. So ist nach Auskunft des dortigen Pressesprechers Werner Krämer für den 10. April (17 Uhr) eine Sondersitzung des Stadtrats geplant, bei der über die weitere Vorgehensweise der Stadt beraten werden soll. Nach dem Kreis muss nämlich nun auch die Stadt darüber beraten, ob sie ihre Anteile an der Flugplatz Bitburg GmbH verkaufen will.

Extra

Gegen die Stimmen von Grünen, Linken und einem Mitglied der SPD hat der Kreistag vor einer Woche die Absicht erklärt, die Anteile des Eifelkreises an der Flugplatz Bitburg GmbH zu veräußern. Sollte ein Vertrag über den beabsichtigten Verkauf der GmbH-Anteile allerdings bis zum 15. Juni nicht zustande gekommen, so soll das Geschäftsverhältnis des Kreises zur Flugplatz GmbH fristgerecht zum 21. Dezember 2013 gekündigt werden.

Die Stadt Bitburg, die über einen solchen Schritt noch zu beraten hat, verfügt gemeinsam mit dem Kreis über 54,21 Prozent der Anteile. Der Rest ist in privaten Händen.

Die Unterstützer der Resolution befürchten, dass durch einen Verkauf der öffentlichen Anteile private Investoren zum Zug kommen könnten, die den Flugbetrieb weiter aufrechterhalten wollen. Auf der anderen Seite hat allein der Kreis bislang mehr als eine halbe Million Euro in die defizitäre GmbH investiert. Uhe